

der- und Strickerwerkstätte; in Taegu wurde das Altersheim erweitert und der 1959 begonnene Spitalbau fortgesetzt; in Chonju ein Spital (erster Bauabschnitt); ein weiteres Lepradorf wurde medizinisch betreut und wirtschaftlich gefördert.

Ferner wurden Gelder zur Ausbildung von Fachkräften in Korea und Europa aufgewendet. In Österreich studieren gegenwärtig 22 Koreaner mit Stipendien dieser Aktion (und anderen Geldern). Im Gefolge dieser Aktionen konnten Kontakte zwischen koreanischen Waisenhäusern und österreichischen Jugendgruppen sowie zwischen koreanischen und österreichischen Pfarren hergestellt werden.

Für 1961 ist geplant:

1. *Wirtschaftliche* Hilfe: in Chonju der Ankauf eines bisher nicht bebauten Grundstückes und die Ansiedlung von 25 Familien sowie die Errichtung eines landwirtschaftlichen Musterbetriebes; in Pohang die Errichtung einer Fischereigenossenschaft und ihre Ausstattung mit seetüchtigen Booten, modernen Geräten und einer Konservierungsanlage; in Taegu die Übernahme der Lohn- und Gehaltskosten zur Inbetriebnahme einer Druckerei.

2. Hilfe zur Verbesserung der *Gesundheit*: Innenausstattung des Spitals von Taegu; Erweiterung des Spitals in Söul; Fertigstellung des Spitals in Chonju (1960 begonnen); Erweiterung des 1960 fertiggestellten Waisenhauses in Pusan und Errichtung eines Ambulatoriums zur Betreuung des Armenviertels, in welchem sich das Waisenhaus befindet; Betreuung von sechs weiteren Lepradörfern in der Umgebung von Taegu.

3. Hilfe für *fachliche* Ausbildung: Lehrwerkstätten in Söul und Taejon; weitere Stipendien für koreanische Studenten in Europa (zu den bisherigen 30).

Der „Familienfasttag“ ist aber nicht die einzige Aktion der österreichischen Katholiken für die unterentwickelten Länder.

Die Katholische Männerbewegung hat, wie berichtet, die Aktion Flores unternommen. Diese ist nun abgeschlossen und hat 2,5 Mill. Schilling erbracht. Die Gelder wurden für den Ausbau von Spitälern verwendet.

Die Katholische Landjugend Österreichs hat im vergangenen Jahr 1,1 Mill. Schilling gesammelt, um in der Diözese Karema in Tanganjika ein Ausbildungszentrum für Katechisten („Katechisten-Dorf“) zu errichten. Das Projekt umfaßt das eigentliche Schulgebäude und vierzig Häuser, in welchen die Katechisten mit ihren Familien — es werden nur verheiratete Männer aufgenommen — während ihrer zweijährigen Ausbildung wohnen werden. Für dieses Dorf, das auch eine Landwirtschaft haben wird, werden vier Österreicher nach Karema gehen, zwei Burschen als Fachkräfte für Landwirtschaft und Handwerk, eine Krankenschwester und eine Hauswirtschaftslehrerin, welche für die Frauen der Katechisten entsprechende Kurse halten werden.

Die Katholische Jungschar hat mit ihrer „Sternsingeraktion“ zu Dreikönig 1960 nicht weniger als 3,8 Mill. Schilling gesammelt. Als sie 1955 damit begann, konnte sie bloß 42 000 Schilling zusammenbekommen. 1956 waren es schon 139 000.—, 1957 449 000.—, 1958 1,2 Mill., 1959 2,7 Mill., zusammen 8,35 Mill. Die Summen wurden hauptsächlich zum Ankauf von Fahrzeugen, unter anderem für ein Schiff auf dem Tschuapa im Kongo, das ca. 1 Mill. Schilling kostet und bald fertig sein wird, und zum Teil für Kirchen, Priesterseminarien, Schulen und Spitäler sowie für Katechisten- und Lehrergehälter und für Studenten, die in Europa studieren, verwendet (insgesamt für

100 verschiedene Missionsstationen). Für 1961 ist eine zusammengefaßte Hilfe für Kerala (Südindien) geplant: in zwei Städten je ein Waisenhaus in Verbindung mit einer technischen Schule und Kleinindustrie.

Von diesen strukturellen Hilfen sind die Aktionen der Caritas zu unterscheiden, die wesentlich Notstands- und Katastrophenhilfen waren. Auch hierüber liegen noch keine vollständigen Angaben vor, da jede Diözese selbständig handelt. Über die Zentralstelle gingen 600 000 Schilling (u. a. für Chile, Algerien, Tibet, Mexiko), die Wiener Caritas brachte 850 000 Schilling auf (für Marokko, Agadir im besonderen, Kongo, Japan).

Ferner haben die österreichischen Bischöfe in ihren Diözesen gesonderte Aktionen durchgeführt. Bischof Rusch hat in Tirol und Vorarlberg eine Million Schilling für Indien gesammelt, Bischof Laszlo im Burgenland 600 000 Schilling. Die Zahlen aus den anderen Diözesen liegen noch nicht vor, werden sich aber in ähnlicher Höhe (zum Teil höher, da es sich um größere Diözesen handelt) bewegen.

## Ökumenische Nachrichten

**Mißklänge zur Weltgebetsoktav für die Wiedervereinigung** Zum erstenmal seit vielen Jahren wird die Weltgebetsoktav für die Wiedervereinigung der Christen von der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ (EKD) nicht in der 3. Januarwoche, sondern in der kommenden Pfingstwoche gehalten. Anlaß dazu gab eine Empfehlung der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland“, die die EKD mit den Freikirchen vereint. Nach einer Auskunft des Kirchenpräsidenten D. Martin Niemöller habe das Zusammentreffen der evangelischen Gebetswoche mit der katholischen Gebetsoktav vom 18.—25. Januar „fast nirgends zu evangelisch-katholischen Berührungen geführt“. Es sei also nicht richtig, wenn katholischerseits behauptet werde, die EKD habe „achtzehn Jahre Gemeinsamkeit beendet“. Maßgebend für die Terminänderung sei lediglich die Tatsache gewesen, daß die Evangelische Allianz, die erste ökumenische Vereinigung evangelischer Christen, seit über hundert Jahren ihre Gebetswoche in der ersten Januarwoche begehe. Dieses nahe Nebeneinander sei in den Gemeinden als störend empfunden worden.

### „Realistisches Beten“

Der Weltrat der Kirchen bzw. die für die Durchführung der Genfer Weltgebetsoktav zuständige Kommission „für Glaube und Kirchenverfassung“ (Faith and Order) hat jedoch an dem seit 1920 übernommenen Termin vom 18. bis 25. Januar festgehalten. Während im vergangenen Jahr das Thema für dieses gemeinschaftliche Beten „Die Ortsgemeinde als ökumenischer Mikrokosmos“ war und als Text der 1. Korintherbrief Kapitel 12 zugrunde gelegt wurde, freilich ohne die dogmatischen Präzisionen des Apostels Paulus über das gemeinsame apostolische Hirtenamt zu übernehmen (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 168), wurde für dieses Jahr das Generalthema der 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen gewählt: „Ich bin das Licht der Welt.“ Der Sekretär der Kommission „Faith and Order“, Dr. Keith R. Bridstone, hat in seinem Begleitschreiben zu den Texten für die Gebetsoktav zum „realistischen Beten“ aufgefordert: „Wir müs-

sen uns mit den harten Realitäten der unvereinbaren Differenzen auseinandersetzen, die die Kirchen im Glauben und in der Verfassung trennen . . . Wenn dieser dogmatische Realismus und diese Integrität in unserem Gebet nicht vorhanden sind, wird es bald zur schwachen und geschmacklosen Sentimentalität . . . So paradox es scheint, selbst dann bleibt das Gebet gemeinsam, wenn es verschiedenartige Ziele verfolgt und von verschiedenartigen Voraussetzungen ausgeht.“

Eine Durchsicht der Texte, die für die verschiedenen „Kirchen“ auf verschiedene Tage verteilt sind, gibt einen Eindruck davon, was hier unter Realismus verstanden wird. Am 1. Tag mit dem Anliegen „Die Einheit aller Christen“ wird als Lesung Johannes 1, 1–14 zugrunde gelegt. In der anschließenden Meditation heißt es dann u. a.: „Die neue kirchengeschichtliche Situation, in welche die Kirche hineingerufen wird, ist ein Zeichen dafür, daß sie Leben aus Christus hat. Unsere Furcht vor Veränderung und Erneuerung des Lebens sowie unser Festhalten an äußeren vertrauten Formen um der Sicherheit willen sind Zeichen für die Knechtschaft des Todes . . .“ Mit dieser sicher weithin richtigen Unterstellung sind aber alle die schwerwiegenden dogmatischen Hemmungen etwa der Lutheraner oder gewisser anglikanischer Kreise gegen den protestantischen Unionismus nicht berührt, als ob es sie nicht gäbe und nur menschliches Sicherheitsbedürfnis die volle Einigung hinderte.

### *Rom und Golgatha*

Sehr merkwürdig ist am 3. Tag die Behandlung des Anliegens: „Die Römisch-katholische Kirche.“ Als Schriftlesung dient ein Abschnitt aus der scharfen Auseinandersetzung Jesu mit dem Judentum, die sich zu dem Vorwurf steigerte, der Vater der Juden sei der Teufel. Man beschränkt sich aber auf diese Verse Joh. 8, 12 und 25–30. Die Meditation weist darauf hin, daß der Weg zur Einheit nur durch das Kreuz führt, und die abschließende Oration lautet: „O Gott, lehre uns, den auferstandenen Herrn zu bekennen. Bewahre uns vor der Versuchung, Golgatha immer wieder zu umgehen. Wir glauben, daß das Kreuzesopfer deines Sohnes allein der vollkommene Preis für das Heil der Welt ist. Darum hilf uns, es dankbar anzunehmen in Jesus Christus, unserem Herrn. Amen.“ Da diese Versuchung, Golgatha zu umgehen und das Kreuzesopfer nicht allein für die Erlösung der Welt genügen zu lassen, nur bei der römisch-katholischen Kirche Erwähnung findet, muß angenommen werden, die Millionen Beter sollen darin unterwiesen werden, daß diese allen Christen eigentümliche Versuchung eine römisch-katholische Spezialität sei, die sie an der Vereinigung mit den anderen Christen hindere. Ein eigentümlicher Realismus, der an allen Problemen primitiv vorbeigeht und das innerste Geheimnis der katholischen Liturgie, das eine Kreuzesopfer, verkennt. Und das nach dem Eucharistischen Weltkongreß in München!

Am 5. Tage wird in der Meditation den Lutheranern und Reformierten vorgehalten: „Es ist nicht Aufgabe der Kirche, sich in ständiger Unruhe nur um das Heil ihrer Glieder zu sorgen, sondern sie soll an ihre Sendung denken, die der ganzen Welt gilt. Die Ökumenische Bewegung ist nicht deshalb so bedeutungsvoll, weil Einheit eine verwaltungsmäßige Vereinfachung bedeutet oder weil sie das Gewissen der Christen beruhigt, sondern weil Gott seiner Kirche die Rettung der ganzen Welt anvertraut hat.“

Noch schärfer werden die Freikirchen angefaßt, denen es, wenn man der Meditation glauben soll, vor allem an der gegenseitigen Liebe fehlt.

Kardinal Bea, Leiter des Sekretariats zur Förderung der Einheit der Christen, warnte zur Gebetsoktav die Katholiken vor einer mit Kompromißlosigkeit in Lehrfragen verbundenen „Verhärtung der Herzen“. Man dürfe „das außerordentlich Gute“ bei den getrennten Christen nicht abstreiten oder sich zum Richter über ihre Verantwortung machen. Die geschichtlichen Tatsachen seien so komplex, daß sie sich einem rein menschlichen Urteil entziehen.

**Evangelische Kirche gegen Flucht aus der Sowjetzone** Zum Jahresende 1960 erließ die Synode der Evangelischen Kirche der

Union, die außer den Landeskirchen von Rheinland, von Westfalen und Berlin auch die Landeskirchen der Sowjetzone umfaßt, nach langwierigen ersten Beratungen eine alarmierende Kanzelerklärung „an die Christen in der DDR“. Sie beginnt mit Dank gegen Gott, „daß wir in beiden Teilen unseres Landes unter seiner Herrschaft stehen . . . und daß er so viele Menschen bereit gemacht hat, in der DDR zu bleiben . . . Wir sehen aber auch mit Sorgen, wie viele die DDR verlassen haben oder nur widerwillig in ihr bleiben“. Die Synode kenne die Gründe der Bedrängnis und habe sich an die Regierung gewandt. Den Gemeinden aber wird mit Worten der Heiligen Schrift, die an die Kreuzesnachfolge erinnern, zugerufen:

„Auch in der DDR stehen alle Menschen, die mächtigen und die ohnmächtigen, in der Hand des Auferstandenen . . . Wer sich durch Menschengewalt oder Furcht vor Menschen, durch eigene Wünsche oder Sorgen von dem lebendigen Gott wegdrängen läßt, sehe zu, daß er nicht ins Verderben gehe.

Auch in der DDR will Gott alle die überreich segnen, die sein Urteil auf Golgatha als ihr alleiniges Heil annehmen und darum, wenn es sein muß, in Verzicht und Leiden dem Gekreuzigten willig nachfolgen. Wer meint, Gott müsse ihm ein gutes Leben garantieren, und wer die Last seines Lebens nur mit Murren trägt oder eigenmächtig abschüttelt, geht von seinem Erretter weg.

Auch in der DDR, wo man in der Kirche so vieles zerbricht, schenkt uns der Herr die Gemeinschaft von Brüdern und Schwestern, die miteinander beten, sich gegenseitig helfen und zusammen Gott preisen. Wer diese Gemeinschaft im Namen Jesu Christi geringachtet, sie nicht täglich sucht oder gar verläßt, behält ein leeres Herz und bleibt allein.

Auch in der DDR hat Gott einem jeden von uns an seinem Arbeitsplatz Menschen zur Seite gestellt, denen wir dienen sollen und an die wir gebunden sind. Wer dagegen in die Sorge um sich selbst und seine Familie versinkt und darum ohne Rücksicht über seine Mitmenschen hinweggeht oder sie verläßt, verleugnet die Liebe.

Auch in der DDR hat uns Gott zu Trägern seines Lichtes gemacht und zu Boten seiner Wahrheit berufen, damit durch unser Wort und Leben viele Menschen zu Gott kommen. Wer diesen Auftrag nicht annimmt oder sich ihm entzieht, wird Gott nicht entrinnen.“

Anschließend werden an alle Betroffenen Bitten und Mahnungen gerichtet: „An die Pfarrer, Katecheten und alle anderen kirchlichen Amtsträger: Gott wird euer Bleiben segnen. Ihr macht euch schuldig vor Gott, wenn ihr euren Dienst hier nicht treu verseht oder ihn eigenmächtig

verläßt...“ Ärzte, Lehrer, Professoren, auch die Werk-tätigen werden ermahnt, ihren Posten nicht zu räumen. Die Eltern sollen ihre Familien nicht durch Weggabe der Kinder in die Bundesrepublik ohne äußerste Not zerreißen. Alle mögen bedenken, daß sie durch ihren Weg-gang andere in Versuchung bringen, an Christus und seiner Gemeinde irre zu werden.

#### „Einer neuen Form von Kirche entgegen“

Über die zugrunde liegenden Vorgänge, zu denen auch die bis vor staatliche Gerichte getragenen Disziplinarfälle eigenmächtig geflohener Pfarrer gehören, unterrichten zwei Dokumentationen, die eine unter dem Titel „Christliche Existenz in der DDR“ im „Informationsblatt der niederdeutschen lutherischen Landeskirchen“ (2. Novemberheft 1960, S. 356 f.), die andere „Pfarrerflucht aus Mitteldeutschland“ im „Deutschen Pfarrerblatt“ (1. Dezember 1960, S. 576 f.). Die erste Dokumentation beginnt mit einem Lagebericht, den der neue Vorsitzende der kirchlichen Ostkonferenz, Bischof D. Krummacher, vor der Landessynode der Evangelischen Kirche in Pommern gegeben hat. Darin heißt es, an 40 Orten des (sehr zusammengeschnittenen) Kirchengebietes von Pommern könne keine geordnete Christenlehre mehr erteilt werden, und zwar an zwölf Orten aus Mangel an Katecheten, an 28 Orten aus Mangel an kirchlichen Räumen. „Wir gehen einer neuen Form von Kirche entgegen, deren Gestalt wir noch nicht kennen, in der es aber heute schon des persönlichen Entschlusses und Bekenntnisses bedarf, wenn man seine Kinder taufen und konfirmieren, wenn man sich kirchlich trauen und seine Verstorbenen christlich begraben läßt...“

Was die Jugendweihen betrifft, bleibe es bei dem Nein der Kirche, aber die Zeit zu einer Neuordnung der Konfirmation sei noch nicht gekommen, und keine Gliedkirche solle sich durch vorzeitige Schritte aus der Gesamtkirche lösen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft mit der Vollsozialisierung gefährde die Menschen auch seelisch, aber „die Kirche blickt vorwärts und sieht es heute als ihre Aufgabe an, unseren Bauern immer wieder sagen zu müssen, daß der Acker auch bei großen gesellschaftlichen Veränderungen dennoch immer Gottes Acker bleibt... und wir es Gott schuldig sind, für die Einbringung der Ernte zu sorgen“. Zur Frage des politischen Gehorsams erklärte der Bischof: „Es ist unserer Kirche offenbar bisher noch nicht gegeben, vor Christen und Nichtchristen und auch vor den Männern des Staates ganz verständlich zu machen, daß hier eine ganz schmale, haarscharfe Grenze verläuft zwischen dem Ja eines Christen zu dieser Welt, zum Beruf und zur Arbeit in einer sozialistischen Gesellschaft, auch zwischen dem Ja zur Obrigkeit nach Römer 13 und auf der anderen Seite dem Nein, von dem es Apostelgeschichte 5 heißt: ‚Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen‘...“ Im Miteinander und im Gegenüber eines sozialistischen Staates und einer Kirche, die in der Nachfolge Christi stehen wolle, gehe es nicht um ein mehr oder weniger freundliches politisches Verständnis für den sozialistischen Gesellschaftsaufbau: „Die Kirche Christi kann keinem Staat, weder im Osten noch im Westen, bescheinigen, daß sein Handeln und Tun, seine Gesellschaftsordnung und seine weltpolitischen Pläne dem christlichen Glauben entsprechen. Denn die Zeit, in der die christliche Kirche das politische Handeln vielfach mit einem christlichen Mantel verbrämte, sollte doch für Christen und

Nichtchristen zu Ende sein.“ Zur Fluchtbewegung nahm er eine ähnliche Stellung ein, wie sie dann von der Synode beschlossen worden ist.

#### Um die Bauernflucht

Zu der besonderen Frage der Bauernflucht veröffentlicht das „Informationsblatt“ eine Statistik, aus der hervorgeht, daß von den 2 479 567 mitteldeutschen Flüchtlingen, die von 1949 bis 1960 die Sowjetzone über die Notaufnahmehäuser verlassen haben, rund 178 200 aus der Landwirtschaft herkommen und davon wieder 22,9 v. H. Selbständige. Für 1959 wurden in der ersten Jahreshälfte 918 selbständige Bauern als flüchtig gezählt, für 1960 in dem gleichen Halbjahr bereits 2715.

Zur kirchlichen Lage der Dorfgemeinden nach der Kollektivierung schreibt ein mitteldeutscher Pfarrer, daß man die Auswirkungen noch nicht übersehen könne und daß man sie noch nicht verarbeitet habe. Man dürfe sich vor allem nicht der Illusion hingeben, die Sozialisierung könnte wieder rückgängig gemacht werden. Wichtiger als die organisatorischen Veränderungen sei für die künftige Seelsorge das gemeinsame Leben oder, wie Ulbricht es nennt, das sozialistische Leben. Die besondere Schwierigkeit für alle Betroffenen liege darin, daß rein wirtschaftliche Maßnahmen mit der ganzen Last einer atheistischen Weltanschauung befrachtet werden: „Unsere Kirche und wir Pastoren haben der ganzen Entwicklung in unsern Dörfern verhältnismäßig hilflos gegenüberstehen müssen.“ Die Kirchenleitungen hätten den Staat auf das Unmenschliche seines Vorgehens deutlich genug hingewiesen, aber man habe dann auch gesehen, daß, bei allem Leid bis zur Verzweiflung, manche Bauern nach Überwindung des ersten Schocks sich auf die neue Lage eingestellt haben, die einen aus echter Verantwortung für Grund und Boden und für die Ernährung des Volkes, die anderen, um unter veränderten Umständen ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. „An ein Überleben im Blick auf eine kommende Wiedervereinigung denken unsere Gemeindeglieder heute weniger. Da haben sie nur noch wenig Hoffnung... Daß hier der letzte Grund ihres Lebens in Frage gestellt wird, ist ihnen über all den Aufgaben des Tages nicht deutlich geworden. So ist es in unseren Dörfern nicht etwa zu einer großen Bewegung hin zum Worte Gottes gekommen. Es hat auch diesmal Pastoren gegeben, die ihren Segen den staatlichen Maßnahmen gaben und z. T. in einer geradezu beschämenden Weise Bibelworte dafür mißbrauchten.“ In der Darstellung überwiegt der Eindruck, daß Kirche und Pfarrer der geistlichen Bewältigung der Lage hilflos gegenüberstehen, besonders wenn sie um Rat angegangen werden, ob sich ein Bauer zum Amt eines Brigadeführers freiwillig melden soll. In jedem Falle werde der kirchliche Dienst in Zukunft wesentlich erschwert, eine Christenlehre für die Jugend sei überhaupt in Frage gestellt. Den Bauersfrauen, die auf einmal aus der Einheit von Familie, Hof und Arbeit gerissen werden, habe man überhaupt noch nicht helfen können, dieses Leben zu meistern.

#### Um die Pfarrerflucht

Das notvollste Kapitel dieser Dokumentationen ist die Pfarrerflucht, eine bisher noch vereinzelt erscheinende, die aber tiefgreifende Folgen zeitigt. Das „Deutsche Pfarrerblatt“ bringt einige Fälle als „Prozeßbericht“. Die Betroffenen wurden seinerzeit durch Disziplinarverfahren

ihrer Landeskirche wegen Untreue und Bruch des Ordinationsgelübdes verurteilt und nicht einmal auf Wartegeld gesetzt, sie dürfen von Landeskirchen im Westen nicht wieder ins Pfarramt gebracht werden. Da ihre Fluchtgründe durch Bundesnotaufnahmeverfahren anerkannt wurden, haben sie die Kirche verklagt und bekamen vom Berliner Landgericht Recht. An dieser Stelle scheint das schwer errungene Eigenrecht der Kirche durchbrochen zu werden. Die Evangelische Kirche der Union hat versucht, dem einen Riegel vorzuschieben. Man verfährt nach dem verständlichen Grundsatz, daß ein Pfarrer, selbst wenn er mit seiner Familie in Gefahr steht, verhaftet zu werden, nicht eigenmächtig sich absetzen darf: „Nur nach Freigabe seiner Heimatkirche soll ein geflohener Pfarrer wieder eine Pfarrstelle in der Bundesrepublik erhalten.“ Die Berichte einiger Pfarrer über ihre Fluchtgründe und die Lage in der Sowjetzone lassen erkennen, daß die Mißstimmung über den Standpunkt der Kirchenleitungen groß ist. Wie auch die eingangs zitierte Kanzelerklärung erkennen läßt, wird bei der rein biblischen Argumentation übersehen, daß der evangelische Pfarrer Familienvater sei und den Einwirkungen seiner Frau unterliege. „Wo wird überhaupt in der Schrift verlangt, daß ein Christ freiwillig die Verhaftung suchen und sein Selbstopfer erzwingen soll?“ Die Pfarrfrau sei oft am Ende ihrer Kraft. „Ist es nicht höchste Zeit, wenn unser ganzes Christentum nicht in Gefahr kommen und zur Unglaubwürdigkeit verurteilt werden soll, daß unsere abgekämpften Amtsbrüder und Schwestern abgelöst werden? Kann man von ihnen verlangen, daß sie sich verbluten? Was sich bisher abgespielt hat, wurde ‚das Stalingrad der Kirche‘ genannt.“

Man erfährt aus den Dokumenten der betroffenen Pfarrer, daß daran gedacht werden müsse, dem Pfarrer der Zone eine zweite Berufsausbildung zu geben, damit er von einem bürgerlichen Beruf leben könne. Die Gehälter reichen nicht mehr aus. Man erfährt ferner, daß es besonders aktive und erfolgreiche Pfarrer sind, die zur Flucht schreiten. Die Legalität der kirchlichen Disziplargesetze werde den Tatsachen nicht mehr gerecht, vor allem nicht dem Lebensbedürfnis der Familie des Pfarrers. In einer Zuschrift liest man, daß der Pfarrer zunächst seiner Frau verbunden sei und dann erst der Gemeinde.

Am Schluß der Dokumente bringt das „Deutsche Pfarrerbblatt“ eine Stellungnahme des leitenden Kirchenjuristen der EKD, Oberkirchenrat Friedrich Merzyn, Hannover. Seine Argumentation gibt den Standpunkt der kirchlichen Legalität wieder und schildert die Verfahrensweise der Disziplinargerichte. Man habe bisher festgestellt, daß eine unmittelbare Bedrohung der Pfarrer gar nicht vorgelegen habe, d. h., die kirchliche Feststellung tritt in Widerspruch zu den Verfahren der Notaufnahmelager. Vom Pfarrer wird schlechthin Treue verlangt. Seine Kapitulation im Osten mache ihn für eine Tätigkeit im Westen unglaubwürdig. Ein eigener Bericht stellt die ausreichende Versorgung der Ruheständler, Witwen und Waisen aus der Sowjetzone klar.

Es kann hier nicht auf alle die bemerkenswerten und lebenswahren Einzelheiten eingegangen werden. Die Dokumente zeigen jedenfalls, daß „die neue Form der Kirche von morgen“ unter großen Schmerzen geboren wird. Die evangelischen Kirchenleitungen und der theologische Nachwuchs wurden bereits vor die Frage gestellt, ob der kirchliche Dienst in der Sowjetzone auf die Dauer durchgeführt werden kann, wenn man nicht von dem Ideal einer frühgeschlossenen und kinderreichen Ehe der

Vikare Abschied nimmt. Die Not zwingt zu einer neuen theologischen Besinnung über das kirchliche Amt, dessen Träger vielleicht „um des Himmelreiches willen“ eine biblischere Form ihres Apostolats werden finden müssen, wenigstens für eine längere Übergangszeit. Außerdem zwingt diese Not zum Nachdenken, ob der innere Widerstand gegen die Entmenschung des Menschen allein mit „evangelischen Räten“ aufrechterhalten werden kann und ob nicht doch ein Analogon zur katholischen Soziallehre, d. h. die Behauptung eines rechten Menschenbildes, erforderlich ist. Fragen, die während des Kirchenkampfes unter dem Nationalsozialismus aufbrachen und dann nicht mehr zu Ende gedacht werden konnten, weil die Befreiung, kirchlich gesehen, fast zu früh kam, müssen nunmehr im Osten weitergeführt und zur Lösung reifgelitten werden. Das ist die Lehre dieser ergreifenden Dokumente.

**Krise der kirchlichen Situation in der Sowjetunion** Die Kommunisten sind dabei, die wahren Intentionen des so oft gerühmten Musters der ideologischen Koexistenz von materialistischem Staatswesen und religiösem Glauben zu enthüllen.

Man hat inzwischen gesehen, was die Koexistenz bedeutet. In der Diskussion um die offizielle Schlußresolution der Moskauer Konferenz aller kommunistischen Parteien der Welt vom vergangenen Dezember konnten die sowjetischen Genossen, um ihren Führungsanspruch gegenüber den Chinesen nicht aufgeben zu müssen, nicht umhin, gerade den Thesen über die Koexistenz schärfere Akzente zu geben, die im übrigen der Sache nach nichts Neues sind. In der Deklaration hieß es über die „friedliche Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsstruktur“, sie sei eine „Form des *Klassenkampfes* zwischen Sozialismus und Kapitalismus“. „Unter den Bedingungen der friedlichen Koexistenz ergeben sich günstige Möglichkeiten zur Entfaltung des *Klassenkampfes* in den kapitalistischen Ländern...“ „Die friedliche Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsstruktur bedeutet nicht eine friedliche Aussöhnung der sozialistischen mit der bourgeoisen Ideologie, im Gegenteil, sie macht eine Verstärkung des Kampfes der Arbeiterklasse, aller kommunistischen Parteien für den Sieg der sozialistischen Ideen zur Voraussetzung. Doch sollen die ideologischen und politischen Streitigkeiten unter den Staaten nicht auf kriegerischem Wege entschieden werden“ (Izvestija, 7. 12. 60).

Diese Thesen sind höchst instruktiv und belehren uns darüber, daß auch die „Koexistenz“ mit Kirche und Religion stets nur als eine „Form des *Klassenkampfes*“ aufgefaßt worden ist, der den Gegner von innen aufweichen soll. Wie schonungslos und kompromißlos letztlich der *Klassenkampf* zu führen ist, hat Lenin ausführlich gewiesen.

So scheint jetzt die religiöse Frage in Sowjetrußland im Rahmen der gesamten Verschärfung des Ideologiebetriebes in ein kritisches Stadium zu treten. An den ideologischen Fronten ballen sich schon seit einiger Zeit unheildrohende Wolken zusammen, auf der ganzen Linie: von der individuellen Bearbeitung des schlichten Gläubigen in Stadt und Land durch den antireligiösen Parteiagitor bis hinauf zur gespannten Atmosphäre in den Beziehungen zwischen dem Patriarchat und den Kreml-Machthabern. Alles ist in Bewegung geraten. Wenn nicht alles täuscht, droht Rußland erneut die Nacht der Religionsverfolgung. Den zu erwartenden Beteuerungen der Gewissensfreiheit, der Freiheit des Kults und ähnlicher Parolen, die

die Kommunisten in solchen Fällen zu lancieren pflegen, muß die Öffentlichkeit in den freiheitlichen Ländern mit Verständnis und Klugheit begegnen.

Die ideologische Parteiführung ist besonders alarmiert durch den nicht einzudämmenden religiösen Einfluß in einem Teil der Jugend. In der Bekämpfung aller dem feindlichen Westen und der bourgeois-kapitalistischen Vergangenheit zugeschriebenen Mängel und Laster der Jugend wird die Religion mit diesen auf eine Stufe gestellt und in einen ursächlichen Zusammenhang gebracht. „Die ideologischen Scharmützel toben, der Reinigungsprozeß in unserer Gesellschaft ist in vollem Gang. Da sind die Helden der Komsomol-Bauten, Menschen, die das Neuland unter den Pflug nahmen und die Raketen zu den Sternen steigen ließen. Aber es gibt bei uns auch leichtsinnig und verschwenderisch Dahinlebende, platte Nihilisten. Leute, die Gott anbeten. Solche, die den Staat bestehlen. Der Schlick und Schimmel der alten Welt versucht sich der Jugend anzuheften. Im Geläut der Glocken von Zagorsk [gemeint ist das berühmte Dreifaltigkeitskloster bei Moskau], in den anreißerischen Umschlagseiten der überseischen Zeitschriften, in der jesuitischen Predigt der Zeugen Jehovas, im Geraune der Radiosender mit verdächtiger russischer Aussprache — überall ist das betäubende Gift, das für die unerfahrene, reine Jugend zubereitet ist“ (Komsomolskaja Pravda, 18. 3. 60). Das Versagen sogar höchster Komsomol-Instanzen, die beispielsweise jungen Leuten, die sich auf Befragen ausdrücklich zum religiösen Glauben bekennen, den Eintritt in den Komsomol nicht verwehrten, wird als „kampfloser Rückzug“ an der ideologischen Front beklagt. Die „Komsomolskaja Pravda“ vom 12. 4. 60, die einen solchen Fall berichtet, stellt die bemerkenswerte Betrachtung an: „Aber wie kann denn überhaupt ein Gläubiger (in diesem Fall der Schüler Sascha Turkin) in das Lager der Gottlosen gehen wollen? Gerade das ist es nämlich, daß Sascha in den Komsomolzen seiner Klasse keine militanten Atheisten und Ideenstreiter sah. Er wußte, daß er es nicht nötig haben wird, seine Anschauungen preiszugeben . . . Für ihn gab es nicht das Dilemma: entweder der Komsomol oder Gott . . .“

Mißtrauen und Feindseligkeit herrscht in der Parteiführung ferner angesichts der zunehmend selbstbewußten, ihrer Stellung im Volke sicheren Haltung der Kirche, von der nicht nur das Anathema des Patriarchen über die Renegaten und seine Rede vom 16. 2. 60 Zeugnis geben (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 363; ds. Jhg., S. 68), sondern auch andere Äußerungen von Bischöfen, die inzwischen entfernt oder verbannt worden sind. Daß die Partei angesichts dieser Lage zu handeln entschlossen ist, wird ihr auch von einer anderen Seite her eingegeben. Vielleicht liegen hier überhaupt die ausschlaggebenden Motive. Gemäß der dogmatischen Auffassung von der Verflechtung der materiellen Basis mit dem ideologischen Überbau und der gleichzeitig immer wieder betonten Forderung, das Aussterben der alten Ideologie nicht etwa passiv abzuwarten, muß man etwas Entscheidendes tun, um der jetzt offiziell angebrochenen Periode des „entfalteten Aufbaus des Kommunismus“ die richtige ideologische Weichenstellung zu geben. Schließlich kann man auch den chinesischen Genossen die tatsächliche Überlegenheit und Fortschrittlichkeit des Moskauer Kommunismus viel besser beweisen, wenn man ideologisch reinen Tisch macht und radikal die letzten Spuren der Religion und der Religiosität beseitigt.

Aber gibt es davon wirklich nur noch letzte Spuren? Um dies zu erkunden, das heißt, um den ideologischen Gegner vor dem Endkampf seiner Stärke, Zahl und Eigenart nach abzutasten, hat man, wie wir schon feststellten, seit zwei Jahren die Religionssoziologie (oder, wie Antoine Wenger in „La Croix“ vom 19. 6. 60 treffend bemerkte: eine Antireligionssoziologie) wieder zu Ehren kommen lassen. Neben den von uns schon gemeldeten religionssoziologischen Untersuchungen im Gebiet Tambov, die vorwiegend den Sekten galten (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 264—268), arbeitete im Jahre 1959 eine zweite Expedition der Akademie der Wissenschaften (diesmal ausgerüstet vom Ethnographischen Institut) in den Gebieten am Oberlauf der Wolga von Kalinin, Kostroma, Jaroslavl bis Gorkij. Der Parteauftrag war eindeutig: „Die richtigen Mittel und Wege zur schnellsten Überwindung der religiösen Überbleibsel lassen sich nur dann finden, wenn es bekannt ist, in welchen Formen und in welchem Milieu sie sich noch erhalten haben und welches die Gründe ihrer Zählebigkeit sind.“ Die in der Parteizeitschrift „Kommunist“ (Nr. 8, 1960) gegebene Analyse einiger Untersuchungsergebnisse ist bestrebt, den religiösen Inhalt der vorgefundenen Riten, Gebräuche usw. zu bagatellisieren. Und doch hebt sie deren Schädlichkeit und Gefahr hervor. Solche auf den ersten Blick inoffensive Dinge wie Ikonen, Taufen und andere Riten seien im Grunde für die kommunistische Ideologie höchst *feindliche* Befunde und Akte. Trotz der nach kommunistischer Manier üblichen Beteuerung, daß natürlich die Masse der Bevölkerung längst jeden Glauben abgelegt habe, drängt sich der Eindruck auf, daß hier auf dem Lande die Gläubigen in der Mehrzahl sind. In der antireligiösen Propaganda hat das viel berufene „wissenschaftliche“ Argument anscheinend völlig versagt, warum würde sonst so nachdrücklich die Entwicklung neuer antireligiöser Propagandamethoden gefordert, die das ästhetische und emotionale Empfinden der Menschen durch bürgerliche Ersatz-Zeremonien von den kirchlichen Festen und Riten ablenken sollen? Die Schlußfolgerung des Berichts im „Kommunist“ läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Der Kampf gegen die Religion solle *militanten* Charakter bekommen. „Jeder Kommunist ist verpflichtet, militanter Atheist zu sein.“ Ein grelles Schlaglicht auf die tatsächlichen Verhältnisse hinsichtlich der Gewissens- und Religionsfreiheit in der Sowjetunion wirft eine der Schlußbemerkungen: „Unzulässig ist es, wenn einzelne Vertreter der dörflichen Öffentlichkeit in der irrigen Annahme, daß man mit der Vergangenheit schon fertig ist, im Verhältnis zu den religiösen Überbleibseln die Haltung der Nichteinmischung einnehmen und absichtlich daran vorbeisehen, wenn in den Familien der Kolchosbauern religiöse Riten praktiziert werden und sogar einige Dorfaktivisten daran teilnehmen“ (a. a. O., S. 95).

#### Antireligiöse Propaganda . . .

Der Großangriff durch die praktische antireligiöse Arbeit und Propaganda wird indes immer stärker und umfangreicher vorgetragen. Aus ideologischen Rechenschaftsberichten erfährt man, daß die antireligiöse Propaganda immer enger und organischer mit der gesamten Parteiarbeit verflochten wird. Viele städtische und Rayonkomitees der Partei, heißt es in einem Bericht aus dem Gau Stavropol, haben ständige atheistische Seminare

geschaffen. Die atheistischen Lektoren werden besonderen Fakultäten der Abenduniversitäten des Marxismus-Leninismus zur Ausbildung überwiesen („Kommunist“, Nr. 14, 1960, S. 125). Die immer wieder wegen innerer Widerstände und Gleichgültigkeit hinausgeschobene Einführung antireligiöser Vorlesungen im Hochschulwesen ist nun Realität geworden. Seit dem Unterrichtsjahr 1959/60 werden an den Hochschulen des Landes Einführungskurse über die Grundlagen des „wissenschaftlichen Atheismus“ gelesen. In der Vorbereitung der entsprechenden Lehrbücher steht die Ukraine an erster Stelle („Voprosy filosofii“, Nr. 10, 1960, S. 168). Der Staatsvertrag für politische Literatur kündigt für 1961 eine umfangreiche Literatur für den antireligiösen Agitator und Propagandisten an (hierunter bereits die 2. Auflage des „Vademecum des Atheisten“, vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 166). In der Tagespresse scheint man wieder etwas vorsichtiger mit antireligiösen und antikirchlichen Artikeln zu sein. Dafür ist die Polemik in den ideologischen Organen intensiver denn je. Neben der Sorge, dem Sowjetmenschen die „Verfälschungen der Theologen“ klarzumachen, die den Quell der Moral und Sittlichkeit in Gott verlegen (Buchankündigung in „Novye knigi“, Nr. 1, 1961), steht weiter der Versuch im Vordergrund, die Unvereinbarkeit von Wissenschaft und Religion zu beweisen. Das loyale Verhalten der Russischen Orthodoxen Kirche zum Sowjetstaat und ihre „äußerlich tolerante Haltung zur Wissenschaft“ ändern nichts am „reaktionären und zutiefst antiwissenschaftlichen Wesen der Ideologie der heutigen Orthodoxie“, liest man in einer „wissenschaftlichen Konsultation“ in den „Voprosy filosofii“ (Nr. 11, 1960, S. 117—123). Als Beweis dient dem Autor das Bestreben der orthodoxen Kirche, ihre auf der Bibel gründende Lehre „völlig unangetastet“ zu bewahren. „Wenn die Geistlichkeit auch zur Zeit nicht offen gegen die Wissenschaft auftritt, so werden doch allein durch die Verteidigung und Predigt der orthodoxen Lehre schon die Grundlagen für den Kampf gegen alle materialistischen Schlußfolgerungen der heutigen Naturwissenschaft gelegt.“ Ein von uns schon früher hervorgehobenes Novum ist es, daß in derlei Aufsätzen in letzter Zeit auf bestimmte Stellen aus der neuesten theologischen Literatur eingegangen und diese mit Angabe des Fundorts im Journal des Moskauer Patriarchats zitiert wird. So hat sich die Kirche immerhin eine Behandlung ihrer Positionen in aller Öffentlichkeit erkämpfen können. Ein entsprechendes Eingehen der theologischen Autoren auf ihre atheistischen Gegner im Journal des Moskauer Patriarchats ist natürlich untersagt. In der erwähnten „Konsultation“ in den „Voprosy filosofii“ werden mehrere Aussagen des Patriarchen Alexius, des Metropoliten Nikolaj und anderer geistlicher Autoren angeführt, um das „hartnäckige Festhalten“ der Orthodoxen an ihren Glaubenspositionen zu illustrieren, so zum Beispiel auch die Worte des 1944 verstorbenen Patriarchen Sergius (aus dem 1947 im Verlag des Moskauer Patriarchats erschienenen Buch, Patriarch Sergius und sein geistliches Erbe, S. 401): „Nicht in der Anpassungsfähigkeit der Kirche an die neuzeitlichen Forderungen, nicht in der Einschränkung ihres Ideals und nicht in der Änderung ihrer Lehre und ihrer kanonischen Regeln, sondern darin, daß man unter den heutigen Bedingungen des kirchlichen Lebens und den jetzigen Umständen es versteht, in den Herzen unserer Gemeinde das ganze frühere Feuer des Gotteseifers zu entzünden und zu bewahren, und die geistliche Herde auf der Höhe des materiellen Fortschritts

lehrt, den wahren Sinn des Lebens trotzdem im Jenseits zu sehen und nicht hienieden“ — darin sei nach Sergius der Fortschritt für die Kirche zu sehen.

### ... und Schikanen

Wie in der Alltagspraxis der „Klassenkampf“ gegen die Religion neuerdings wieder geführt wird, zeigte das Randalieren aufgeputschter Jugendlicher, die am letzten Osterfest den Gottesdienst in der Kiewer St.-Vladimir-Kathedrale störten („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 21. 4. 60). Immer heftiger werden die Polemiken der Sowjetpresse gegen die Klöster. Radio Moskau meldete die Schließung von zehn ukrainischen Klöstern in den letzten zehn Jahren. In derselben Sendung wurde die orthodoxe Geistlichkeit beschuldigt, den kommunistischen Aufbau zu stören (Oepd, 4. 11. 60). Den von uns früher gemeldeten Fällen von Maßregelungen einzelner höherer Geistlicher folgten inzwischen zahlreiche andere. Am 8. 7. 60 meldete die „Izvestija“ die Verurteilung des Erzbischofs Hiob von Kazan zu drei Jahren Gefängnis und Vermögenseinziehung wegen Steuerhinterziehung. In Wirklichkeit war er, wie behauptet wird, das Opfer neuer Schikanen der Behörden, die plötzlich die bisherige Praxis der Abrechnung von Reisegeldern in steuerlicher Hinsicht nicht mehr anerkannten. Der tiefer liegende Grund seiner Verhaftung liegt natürlich darin, daß der Erzbischof, wie die „Izvestija“ berichtete, „in seinen Predigten gegen die in Sünde verstrickten Gottlosen wettete“ und sich weigerte, den Gläubigen die Dokumente des Friedenskämpferkongresses bekanntzugeben. Auch sagt ihm das sowjetische Regierungsorgan deutsche Sympathien während des Krieges nach.

Auch die Gewerkschaften werden die Zügel zu straffen haben. Das Gewerkschaftsorgan „Trud“ forderte den Ausschluß aller Geistlichen, „jener Müßiggänger, die vom religiösen Betrug leben“, die sich in den letzten Jahren in die Gewerkschaften hätten einschleichen können (Bulletin de la Paroisse de l'Assomption, Nr. 12, 1960, nach SOEPI, 21. 10. 60).

### Absetzung des Metropoliten Nikolaj

Ein Ereignis, das auch weite Kreise im Westen hat aufhorchen lassen, war die Ablösung des Metropoliten Nikolaj — wie es hieß, „auf eigene Bitte“. Am 21. 6. 60 wurde er von der Leitung des Außenamts des Patriarchats entbunden und von dem bisherigen Archimandriten Nikodim (Rostov) ersetzt, der zum Bischof von Podolsk geweiht wurde (JMP, Nr. 7, 1960). Schließlich wurde er am 19. 9. 60 auch seines Postens als Oberhaupt der Moskauer Eparchie enthoben. Sein Nachfolger hierin ist der bisherige Metropolitan Pitirim von Leningrad (JMP, Nr. 10, 1960, S. 4).

Daß diese Umbesetzungen im Zusammenhang mit starken Bewegungen oder womöglich tiefgreifenden Veränderungen in der Kirchenführung stehen, beweist die ebenfalls am 19. 9. vom Patriarchen Alexius verfügte Neubildung der Redaktion des Journals des Moskauer Patriarchats. Als Redakteur wurde bisher nur ein anonymes Redaktionskollegium genannt, als verantwortlicher Redaktionssekretär zeichnete A. V. Vedernikov. Die neue Besetzung sieht folgendermaßen aus: Vorsitzender des Redaktionskollegiums: Bischof Nikodim (Leiter des Außenamts und zugleich Leiter der Verlagsabteilung des Patriarchats);

verantwortlicher Redakteur: A. F. Schischkin; Redaktionssekretär: A. V. Vedernikov; Mitglieder des Red.-Kollegiums: Erzpriester V. M. Borovoj, Erzpriester V. D. Spiller, ferner N. P. Ivanov, E. A. Karmanov, P. V. Uržumcev und A. S. Bujevskij (vgl. JMP, Nr. 10, 1960, S. 5, 80).

Erfolgte die Ablösung des Metropoliten Nikolaj auf Druck der Sowjetbehörden? Man wird diese Frage nicht eindeutig beantworten können, solange kein Einblick in die tatsächlichen Kompetenz- und Machtverhältnisse bei der Besetzung der höchsten kirchlichen Ämter möglich ist. Aber es ist bekannt, daß Nikolaj der markanteste Vertreter des Kompromisses und der Zusammenarbeit mit der Sowjetregierung war. Warum sollte der Kreml gerade ihn zum Rücktritt veranlaßt haben — es sei denn, um den Patriarchen der gewichtigen Stütze Nikolaj, der allein durch die Friedensbewegung über zahlreiche internationale Verbindungen verfügte, zu berauben und ihn völlig zu isolieren. Eine aus angeblich zuverlässiger Quelle stammende Information in der russischen Emigrantenzeitung „Possev“ vom 7. 1. 61 besagt, daß der Patriarch Alexius das Problem der künftigen Beziehungen zur Sowjetmacht vor den Hl. Synod brachte und daß außer dem Metropoliten Nikolaj sämtliche Mitglieder des Synods sich für einen entschlosseneren, härteren Kurs gegenüber dem Staat aussprachen. Hiernach sei Nikolaj vom Synod ausgeschlossen worden. Falls die Dinge so liegen, erklärt sich die Eile des Synods bei der Entfernung Nikolajs sicherlich auch dadurch, daß man ihn als möglichen Nachfolger des greisen Patriarchen ausschalten wollte. In seiner Eigenschaft als Metropolitan von Kruticy, also des Vorstehers der Moskauer Eparchie, wäre er aller Voraussicht nach Patriarchatsverweser und Kandidat für den Patriarchenthron geworden, wobei er die Unterstützung des weltlichen Regimes gehabt hätte. Aber gerade durch diese Beziehungen ist er in den Augen des Kirchenvolks kompromittiert. Die Kirche fühlt die Kraft, sich von den notorischen Kollaborateuren befreien zu können. Keinesfalls können wir aber mit „Possev“ übereinstimmen, wenn die Entfernung Nikolajs, der inzwischen nach Suchum in Georgien geschickt wurde (Georgien untersteht kirchlich-jurisdiktionell nicht dem Moskauer Patriarchat) als ein „Affront für die Sowjetregierung“ gewertet wird. Das lag zweifellos nicht in der Absicht des Synods und nicht auf der Linie der christlichen Demut des Patriarchen Alexius.

#### *Expansion der Auslandsbeziehungen*

Während so die Kirche im Sowjetstaat schweren Zeiten entgegengeht, hat sie nach außen hin allem Anschein nach ihre Möglichkeiten festigen und erweitern können, so daß ihre Lage im Licht eines immer stärker werdenden „dialektischen Widerspruchs“ erscheint, der nicht davon überdeckt werden kann, daß auch beim diesjährigen Neujahrsempfang im Kreml wieder Vertreter der Geistlichkeit zugegen waren („Pravda“, 2. 1. 61).

Der Exarch des Moskauer Patriarchen in Westeuropa wurde am 5. 1. 60 zum Metropolitan erhoben (JMP, Nr. 2, 1960, S. 27). Ihm unterstehen jetzt zwei Vikarbischofe. Laut Beschluß des Hl. Synods vom 30. 6. 60 wurde ein besonderes Exarchat in Mitteleuropa gebildet, an dessen Spitze der in Ost-Berlin residierende Bischof Johannes steht (JMP, Nr. 8, 1960, S. 4). Die Exarchate in Westeuropa und Nordamerika versuchen mit Nachdruck, die gesamte russische Emigration kirchlich wieder an Moskau anzuschließen. „O Orthodoxos Paratiritis“ vom No-

vember 1960 (Nr. 488) sprach von einer „strategischen Umbesetzung der kirchlichen Kader im Mittleren Osten“ und führt alle Maßnahmen auf eine systematische Aktivität des kommunistischen Regimes zurück.

Das karge Verlagswesen des Patriarchats konnte um eine jährliche Publikation, „Theologische Arbeiten“, bereichert werden, deren 1. Band 1960 erschienen ist. Das Jahrbuch soll Probleme der dogmatischen und Moralthologie, der Kirchengeschichte, Liturgie, Patrologie, kirchlichen Kunst und andere Fragen, „die mit dem Leben der Orthodoxen Kirche und den Belangen des religiösen Bewußtseins zusammenhängen“, behandeln. Das Ziel ist laut einem kurzen Vorwort zum 1. Band, „dem religiösen Bewußtsein die geistigen Schätze der Orthodoxie zu erschließen, die theologischen Kreise der brüderlichen orthodoxen Kirchen und anderer christlicher Konfessionen mit den Ergebnissen unseres vaterländischen theologischen Denkens vertraut zu machen, den theologischen Gesichtskreis der Zöglinge unserer geistlichen Schulen und der Geistlichkeit der Russischen Orthodoxen Kirche zu weiten, den Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen unseren Theologen zu entwickeln und überhaupt dem theologischen Schaffen in der Russischen Kirche förderlich zu sein.“ Es fällt auf, daß von den fünf Arbeiten des 180 Seiten umfassenden ersten Heftes ein Aufsatz der altkatholischen Bewegung gewidmet ist.

Patriarch Alexius hat eine „Kommission für zwischenchristliche Verbindungen“ ins Leben gerufen, deren Mitglieder er am 28. 8. 60 ernannte. Den Vorsitz führt der Metropolitan Pitirim von Leningrad. Kommissionsmitglieder sind: Bischof Nikodim von Podolsk (Vorsitzender des Außenamts), Bischof Pimen von Dmitrov (Geschäftsführer des Patriarchats), der Exarch für Mitteleuropa in Ost-Berlin, Bischof Johannes, ferner Bischof Sergius von Belgorod, Erzpriester V. M. Borovoj (stellv. Leiter des Außenamtes), Erzpriester K. I. Ružickij (Rektor der Moskauer Geistlichen Akademie), Prof. N. D. Uspenskij (Geistliche Akademie Leningrad) (JMP, Nr. 9, 1960, S. 5; vgl. Oepd, 9. 12. 60). Die Bildung der Kommission zeigt das lebhafteste Interesse des Patriarchen an Kontakten mit der Weltchristenheit.

Nach dem Treffen von Vertretern der Russischen Kirche mit dem Weltrat der Kirchen in Utrecht 1958 (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 94) konnte in den vergangenen zwei Jahren die in Utrecht abgesprochene Kontaktnahme mit der Ökumenischen Bewegung ungestört vor sich gehen. Beobachter der Russischen Kirche waren bei den Sitzungen des Zentralaussschusses auf Rhodos (1959; vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 10, 23) und in St. Andrews (1960; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 138 ff., 180 ff.) anwesend. Russische Vertreter weilten mit einem Informationsauftrag ihrer Kirche an den Sitzungen der Ökumenischen Bewegung in Genf (1959) und New York und nahmen als Beobachter an den Sitzungen der Kommissionen für Glaube und Kirchenverfassung und für internationale Angelegenheiten teil. Eine Delegation des Weltkirchenrats unter Führung des Generalsekretärs statete im Dezember 1959 dem Patriarchat einen zweiwöchigen Besuch ab. Eine sehr freundlich und positiv gestimmte Botschaft sandte der Patriarch am 29. 7. 60 an den in St. Andrews tagenden Zentralaussschuß (JMP, Nr. 9, 1960, S. 3—4; Oepd, Nr. 33, 1960). Alexius versichert hier dem Weltrat, daß seine Kirche die Bewegung der getrennten westlichen und östlichen Christen zur kirchlichen Einheit aufmerksam verfolge und „hoffnungsvoll dem Tag ent-

gegensteht, da sie der Fülle des Glaubens teilhaftig werden“. Ihre Beobachter nahmen an der Sitzung des Zentralausschusses teil, um den Patriarchen durch Übermittlung der Unterlagen der Konferenz in die Lage zu versetzen, seinerseits der christlichen Vereinigung förderlich zu sein. Die Lösung der aktuellen Weltprobleme hängt nach Ansicht des Patriarchen wesentlich auch von der Einheit der Christen ab. „Möge der Herr neue Apostel entstehen lassen, die die Welt wieder mit dem höchsten Licht der Wahrheit Christi erleuchten, daß am Ende die ganze bisher gespaltene christliche Welt gemäß dem unverbrüchlichen Wort des Evangeliums im Geist und in der Wahrheit einmütig Gott gehorsam sein möge und daß alle Gläubigen die Einheit im Glauben erzielen mögen und zusammen dem Vater, dem Sohne und dem Heiligen Geist, der wesensgleichen und unteilbaren Dreieinigkeit die Ehre geben.“

#### *Die Reise des Patriarchen Alexius*

Sicherlich stand auch die Reise, die Patriarch Alexius Ende November bis Ende Dezember 1960 mit großem Gefolge in die Länder des östlichen Mittelmeeres unternahm, um die orthodoxen Patriarchen von Alexandrien, Antiochien und Jerusalem zu besuchen, im Zusammenhang mit den weltweiten christlichen Einheitsbestrebungen. Die oft hervorgehobene Tatsache, daß er mit einem Regierungsflugzeug reiste, besagt gar nichts, denn im sowjetischen Wirtschaftssystem gehört jedes Flugzeug dem Staat. Natürlich mußte die Sowjetregierung der Reise ihre Aufmerksamkeit schenken, da sie gerade der Haltung der vom Patriarchen besuchten Länder größtes Gewicht beimißt. So erschienen die Sowjetbotschafter zum Empfang an den Flugplätzen, der sowjetische Generalkonsul in Istanbul wohnte dem vom Patriarchen zusammen mit dem Ökumenischen Patriarchen zelebrierten Weihnachtsgottesdienst bei. Daß der Kreml diese Reise für seine Politik gegenüber den griechisch-orthodoxen Kirchen des Orients auszunützen trachtete, wie die „Weltwoche“ vom 23. 12. 60 schrieb, ist nichts Neues. Aber die Athener „Ekklesia“ (1. 12. 60) ist eher berufen, die eigentlichen Ziele des russischen Patriarchen zu erläutern. Sicherlich sind sie in dem Bestreben zu suchen, durch den persönlichen Kontakt die Gemeinschaft aller orthodoxen Kirchen, das Bewußtsein ihrer Einheit und der Notwendigkeit stärkerer interorthodoxer Zusammenarbeit zu fördern. Der nicht veröffentlichte Gedankenaustausch zwischen den Patriarchen von Konstantinopel und Moskau über die panorthodoxe Konferenz ist wohl auch nach ihrer Verschiebung fortgesetzt worden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 115).

Ohne Zweifel hat Alexius andererseits auch seine Reise dazu benutzt, einer bestimmten Linie in den interorthodoxen Auseinandersetzungen über die Prinzipien der christlichen Einigungsbestrebungen Nachdruck zu verleihen. Es ist durchaus möglich, daß sein ursprünglich wohl gar nicht vorgesehener Besuch in Athen die griechische Kirche in ihrer „katholischen“ Grundkonzeption der christlichen Vereinigung bestärken wollte. Vielleicht hat er deshalb auch dem Ökumenischen Patriarchen Athenagoras, dessen Stellung in der Ökumenischen Bewegung für viele Griechen allzu protestantenfreundlich ist, seine Besorgnisse über eine mögliche Verwässerung der orthodoxen Glaubenspositionen zum Ausdruck gebracht. Auch der Besuch beim Patriarchen von Konstantinopel in Istanbul war anfangs nicht vorgesehen. Der Patriarch von Konstantino-

pel hat in seiner Weihnachtsbotschaft den Besuch des russischen Patriarchen „in demütiger Dankbarkeit“ als einen Beitrag zu der von ihm vor Jahresfrist initiierten christlichen Vereinigungsbewegung gewertet und dabei auch den Besuch des Erzbischofs von Canterbury sowie die Errichtung einer Kongregation für kirchliche Beziehungen durch den „Primas des Stuhls von Rom“ genannt (Oepd, 6. 1. 61). Alexius' Reise ist auch als ein Manöver gedeutet worden, „dem vom Vatikan unternommenen Versuch für ein besseres Verständnis zwischen den christlichen Kirchen entgegenzuarbeiten“ („Weltwoche“, 23. 12. 60). Wie verhält sich aber dazu die Tatsache, daß er am 27. 11. 60 in Alexandrien einer Liturgie des mit Rom unierten maronitischen Ritus beiwohnte? („The Tablet“, 17. 12. 60.) Und warum veröffentlichte das JMP (Nr. 8, 1960) ein Interview mit dem als russophil bekannten Metropoliten Elias vom Libanon, der den jetzigen Papst aus persönlicher Kenntnis heraus als „frommen, verständnisvollen und das Heiligtum der Orthodoxie verehrenden Menschen, der aufrichtig die kirchliche Vereinigung wünsche“, charakterisierte? Wenn schließlich Patriarch Alexius in Damaskus durch den Leiter des Außenamts (Bischof Nikodim) erklären ließ, nach Auffassung der Russischen Kirche käme bei den Vereinigungsbemühungen nur etwas heraus, wenn Papst Johannes XXIII. sich im voraus bereit erkläre, mit den Oberhäuptern anderer christlicher Kirchen auf gleichem Fuß zu verhandeln (Oepd, 16. 12. 60), so entspricht dies durchaus der Haltung aller orthodoxen Patriarchen des Ostens.

In dem schweren Gang, der dem russischen Patriarchen bei der Auseinandersetzung mit dem Regime bevorsteht, hat er sich jedenfalls des Verständnisses und der Rückenbedeckung der östlichen Orthodoxie versichert, auf deren Reaktionen Moskau immer sehr hellhörig ist.

Das Geheimnisvolle und Rätselhafte an der Orientreise des Patriarchen steht im engsten Zusammenhang mit der zwielichtigen Lage der Kirche in der Sowjetunion. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit lassen es die Kommunisten noch zu — und fördern es vielleicht —, daß die im zweiten Weltkrieg wiederaufgenommene Linie der Einordnung der russischen Kirche gemäß ihrer hervorragenden nationalen Bedeutung weitergeführt wird. In der Innenpolitik sind die Verdienste der Kirche um das nationale Wohl vergessen, man glaubt, ihrer in dieser Hinsicht nicht mehr zu bedürfen. Aber die Machthaber schneiden sich ins eigene Fleisch. In das durch die Bedrängung und Unterdrückung der Kirche entstehende Vakuum strömt mit unheimlicher, elementarer Gewalt der finstere Strom des russischen Sektenwesens ein, das zur Zeit eine riesige Ausbreitung erfährt (vgl. „Ekklesia“, 20. 12. 60). Vom Standpunkt der Kommunisten aus dürfte die „religiöse Betäubung“ der Massen in dieser Gestalt weitaus gefährlicher sein als der sich den fanatischen und primitiv-abergläubischen Sekten gegenüber recht zahm ausnehmende Ritualismus und die gemäßigte Haltung des Großteils der orthodoxen Bevölkerung. Es ist durchaus möglich, daß die orthodoxe Kirche, wie in den zwanziger und dreißiger Jahren, noch an einem gewissen Kompromiß und Ausgleich mit dem Staat festhält, weil sie immer noch hofft, durch Zugeständnisse eine Position zu erlangen, die ihr gestattet, die Sektenbewegung aufzuhalten und abzufangen, die ihr zweifellos ein noch größeres national-kulturelles und geistiges Desaster erscheint als der dialektische Materialismus, dessen ideologische Positionen immer mehr ins Wanken geraten.

Bei der heutigen Auseinandersetzung sind der Kirche neue Kräfte durch die sich wieder dem Glauben und dem geistlichen Beruf öffnende jüngere Generation zugeflossen. Der neue Leiter des Außenamts, Bischof Nikodim, der laut „O Orthodoxos Paratiritis“ (Nr. 488) Arabisch spricht und als Vertreter des Moskauer Patriarchen beim Patriarchat Antiochien und Leiter der russischen Geistlichen Mission in Palästina die Probleme des Nahen Ostens gut kennenlernen konnte, ist erst 31 Jahre alt. Daß jüngere Leute zur Verfügung stehen, ist nicht zuletzt eine Folge des nach dem zweiten Weltkrieg wieder aufgebauten geistlichen Schulwesens. Der Zustrom ist so stark, daß nicht alle Bewerbungen berücksichtigt werden können. Es sind sogar Fernkurse eingerichtet worden. Und schon meldete sich der Moskauer Rundfunk mit bissigen Denunziationen der Leiter der Geistlichen Akademien und Seminare. Ihnen wurde vorgeworfen, den Studenten die Lektüre zeitgenössischer Literatur verboten zu haben und alle Mittel zu gebrauchen, um eine echte Erziehung der Jugend zu behindern (Oepd, 4. 11. 60). Beunruhigung in kirchlichen Kreisen rief ferner ein Artikel der „Izvestija“ vom 14. 10. 60 hervor, in dem die Geschichte des Sportstudenten Valerian, der zum geistlichen Beruf umsatteln wollte, mit bissigen Seitenhieben auf die pädagogischen „Fehler“ aller an seinem Schicksal Beteiligten geschildert wird. Valerians Vater, Ingenieur, hat anscheinend bis vor kurzem einen höheren Offiziersrang in der Armee bekleidet. So wie sein Fall vor die Öffentlichkeit gezerrt wurde, wird künftig je nach den Umständen jeder angehende Seminarist öffentlich gebrandmarkt werden, sei es in der zentralen Presse oder in Provinzblättern. Fürwahr, der junge Geistliche in der Sowjetunion nimmt von Anfang an das Märtyrertum auf sich! Mit aller Sicherheit ist damit zu rechnen, daß sich der Druck und die Schikanen der Sowjets jetzt gegen die Akademien und Seminare der Orthodoxen Kirche richten werden, wenn hier nicht bereits Entwicklungen im Gange sind, von denen die Öffentlichkeit nicht unterrichtet ist. Ein Charakteristikum der Gesamtsituation besteht gerade darin, daß die großen Zentren Moskau und Leningrad im allgemeinen von direkten Ausschreitungen und „administrativen Maßnahmen“ gegen die Kirche verschont bleiben, nicht zuletzt wegen des Fremdenverkehrs.

Ruhig und besonnen steuert der greise russische Patriarch das Schiff seiner Kirche der Brandung entgegen. Gerade in letzter Zeit hat das JMP erneut an die von Alexius schon früher gegebenen Richtlinien für Einhaltung der kirchlichen Disziplin erinnert. Im vollen Bewußtsein der gefährdeten Lage der Kirche sagte der Patriarch am 10. 7. 60 in seiner Ansprache an den neugeweihten Bischof Nikodim, den neuen jungen Leiter des Außenamtes: „In dir, geliebter Bruder, wohnt jetzt diese göttliche Gabe, diese Kraft von oben, mit der einen Hirten der Kirche keinerlei Schwierigkeiten und irdische Prüfungen ... schrecken können“ (JMP, Nr. 8, 1960, S. 5).

## Aus der jüdischen Welt

**Wer ist Jude?** Wir haben an dieser Stelle bereits öfters über die immer wieder aufbrechenden Gegensätze zwischen den sogenannten Laizisten und den Vertretern des orthodoxen Judentums in Israel berichtet (vgl. Her-

der-Korrespondenz 12. Jhg., S. 166 f., 216 f.; 13. Jhg., S. 341 f.). Diese Gegensätze wurden auch in den letzten Monaten nicht verringert. Sie sind so grundsätzlicher Natur und greifen so sehr an die Wurzel des Herkömmlichen und in vieler Hinsicht ja auch des zukünftigen Judentums, daß ihre wahren Ursachen nur selten ausgesprochen und manchmal sogar verleugnet werden. Sie werden nur an Symptomen sichtbar, an Randerscheinungen, die dem Außenstehenden zuweilen lächerlich erscheinen.

Die Frage, wer als Jude zu gelten hat, hat in den letzten Jahren sowohl die Gemüter als auch die Gesetzgeber bewegt. Nach zahlreichen Auseinandersetzungen hat sich nun, was die Gesetzgebung bzw. die Ausführungsbestimmungen des Innenministeriums betrifft, die Ansicht der Orthodoxie durchgesetzt, daß als Jude nur zu gelten hat, wer auch nach dem jüdischen Religionsgesetz Jude ist. Die Regierung hat sich wohl zu diesem Schritt entschlossen, um einen Bruch zu vermeiden zwischen der nationalen Gemeinschaft und der „Glaubensvolksgemeinde“, die das Judentum bisher immer war. Die Stipulierung einer jüdischen Nation nach neuzeitlichen Gesichtspunkten scheiterte in diesem Punkte an der Realität des jüdischen Daseins als Glaubensvolk — obgleich der überwiegende Teil dieses Volkes nur noch sehr wenig glaubt. Daß hierdurch mehreren Tausend Juden das Recht, sich Jude zu nennen, abgesprochen wird, wird wohl als das kleinere Übel betrachtet, um so mehr, als sie sich (und dieses dürfte die persönliche Meinung des Ministerpräsidenten Ben Gurion sein) dieses Recht durch ein Bekenntnis zur Glaubensgemeinschaft erwerben können. Manche mögen auch eine gewisse Berechtigung darin sehen, daß die historische Schicksalsgemeinschaft die Glaubensgemeinschaft ist und daß die Gemeinschaft mit jenen, die auf Grund ihrer Abstammung und nicht ihrer Zugehörigkeit in den letzten Jahrzehnten das Schicksal aller Juden teilten, eine erzwungene Gemeinschaft war. Jene sollten sich nun, so mögen viele denken, der Gemeinschaft des Glaubensvolkes anschließen.

Ein sehr großer Teil der israelischen Bevölkerung dürfte die Entscheidung der Regierung nicht billigen. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die meisten Israelis sich in dieser Sache eher von Gefühlen leiten lassen oder von Argumenten, die in einem Nationalstaat ihre volle Gültigkeit hätten, die aber auf die besonderen Verhältnisse in Israel und dem jüdischen Volke nicht anwendbar sind. Die Glaubensvolksgemeinschaft, hier repräsentiert durch die orthodoxe jüdische Gemeinde, kann ihren totalen Anspruch auf die Angehörigen des Volkes nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben. Sie kann so auch nicht ihren Anspruch auf jene aufgeben, die sich nur zum „Volk“ oder zur „Nation“ zählen wollen, ohne zur Gemeinschaft des Glaubensvolkes zu gehören. Ein solches Volk würde auch niemals jüdisch sein, sondern im besten Falle eine Gemeinschaft israelischer Staatsbürger, und das möchten in Wirklichkeit noch nicht einmal die Agnostiker unter den Israelis.

### *Die neuen Ausführungsbestimmungen*

Nach den neuen Ausführungsbestimmungen des Innenministeriums vom März 1960 sind folgende Personen als jüdisch in die Standesamtsregister einzutragen: Wer von einer jüdischen Mutter und einem nichtjüdischen Vater abstammt, wird unter der Rubrik Volkszugehörigkeit und Religionszugehörigkeit als Jude eingetragen. Kinder einer nichtjüdischen Mutter folgen der Religions- und Volks-